

**Unabhängige
Zeitung
an der RUB**

Nr. 54 • 16. Januar 2000

2313

Gewissensmüll



In diesem Heft:

Hochschule AusländerInnenlisten versöhnt

Thema Umweltpolitik: Mülltrennung oder Revolution?

Antifa Neues vom *antirassistischen zentrum*

Offene Ohren für Burschis?

Wer bei der Ankündigung der Sendereihe über Bochumer Verbindungen des Campusradios *Radio c.t.* dachte, dass dieses sich nun dem kritischen Journalismus zuwendet, hatte sich natürlich geschnitten. Vielmehr wurde den ach so netten und weltoffenen Burschis – selbstverständlich ohne kritische Nachfrage (dafür hätte man ja recherchieren müssen) Gelegenheit und Raum gegeben, ihre Einrichtungen zu bewerben.

Am Montag gab es zum Höhepunkt eine „Diskussionsrunde“ u.a. mit Vertretern der Neoborussia, einem schlagenden Corps, und der Prager Arminia, die nicht ohne Grund Mitgliedsgruppe der Deutschen Burschenschaft ist. Der AstA wie die BSZ verweigert erfreulicherweise die Teilnahme. Da die 2313 gar nicht erst eingeladen wurde, drucken wir im Folgenden Auszüge aus der Erklärung der BSZ ab.

Hallo radio c.t.,

„[...] Wir haben bis jetzt einige eurer Beiträge über Studentenverbindungen in dieser Woche verfolgt und finden diese mitnichten objektiv, weil völlig unkritisch. Beiträge dieser Art sind unseres Erachtens geeignet, den

studentischen Verbindungen als kostenlose Werbung zu dienen, nicht jedoch, die studentische Öffentlichkeit zu informieren und auf die schwierigen Tendenzen im Bereich des Verbindungsunwesens aufmerksam zu machen. Auch sind wir der Ansicht, dass wir zu Recht eine kritische Position gegenüber allen studentischen Verbindungen einnehmen, da sie selbst ausnahmslos keinen Wert darauf legen, sich von den besonders schwierigen, weil rechtslastigen „Burschenschaften“, insbesondere der Deutschen Burschenschaft, aber auch den studentischen Corps, eindeutig zu distanzieren (im Gegenteil, alle studentischen Verbindungen, von CV bis DB sind in einem übergeordneten Dachverband, dem CDA/CDK zusammengeschlossen). [...]. Ausschlaggebend für unsere Ablehnung einer Teilnahme ist jedoch die Tatsache, dass sich unter den „Vertetern von Studentenverbindungen in Bochum“, die als weitere Gäste geladen wurden, auch ein Vertreter der Prager Burschenschaft Arminia zu Bochum, wie auch jemand von Corps Neoborussia Berlin zu Bochum befindet.

Beide Personen als Repräsentanten ihrer Vereinigungen markieren den rechten Rand der studentischen Verbindungen und sind demnach Personen, mit denen man sich unserer Ansicht nach nicht bedenkenlos auf ein Podium setzt. Für uns existieren dahingehend gewisse Grenzen des diskursiven Austauschs und wir befürchten, dass in solchen Fällen der Informationsgewinn für eventuell Interessierte leidet. [...] Wir sind nach wie vor der Meinung, dass objektive Berichterstattung eine vehemente Kritik zur Folge haben kann und manchmal muss und dass sich beides auf keinen Fall ausschließt. [...].“

In diesem Sinne: Kein’ Ohr-breit!

Das 2313-Cover



Ausländische Listen gehen aufeinander zu

Es begann mit einem groben Schnitzer. Nicht nur, dass sich zu der traditionell gut besuchten Vollversammlung aller ausländischen Studierenden (AVV) am 14. Dezember nur ca. 30 Leute zusammengefunden hatten, bei der Einladung war zudem ein Formfehler unterlaufen, womit die AVV ungültig war. Das bedeutete, dass sie keine Vollmacht hatte, den Wahlausschuss für die Wahlen zum Autonomem AusländerInnenreferat des AstA zu wählen. Unerwarteterweise gab es dann aber doch noch ein positives Ergebnis.

Die Anwesenden beschlossen nämlich, eine Satzungskommission einzurichten, die sich um die zukünftigen Modalitäten der Durchführung der Wahlen Gedanken machen sollte. Die Einrichtung hatte zwei Hintergründe: zum einen die neue Satzung der Studierendenschaft, zum anderen die langjährigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden zu AusländerInnenreferats-Wahlen antretenden Listen.

neue satzung

Schon lange geplant, wurde dieses Jahr die neue Satzung der Studierendenschaft endlich beschlossen. Zwar ist sie noch nicht offiziell in Kraft getreten, aber das Studierendenparlament hat sie im Dezember endgültig verabschiedet. Größtes Novum: Die autonomen Referate, darunter auch das für ausländische Studierende, sind erstmals als Bestandteil der Satzung verankert. U.a. sieht die Satzung vor, dass sich das Referat eine Wahlordnung gibt – weswegen das Abfassen einer solchen jetzt im Mittelpunkt der Tätigkeit der Satzungs-Kommission stand.

zwei listen

Vor drei Jahren hat die *Internationale Liste* erstmals die Wahlen zum AusländerInnenreferat gewonnen. Bislang hatte ein breites Bündnis aus Studierenden mit türkischen, kurdischen, afrikanischen und anderen Migrationshintergründen das Referat besetzt. Im Gefolge des ‚Machtwechsels‘ kam es zu heftigen

Einigkeit

Auseinandersetzungen, v.a. um die Frage der AstA-Deutschkurse, die schon immer von einem unabhängigen Verein betreut wurden, was die neuen ReferentInnen gerne geändert hätten.

vom paulus zum saulus

Die neue Satzungskommission, deren vorläufige Tagungsergebnisse von der AVV am 11. Januar beschlossen wurden, hat zunächst einen anderen der großen Streitpunkte beseitigt: Die Definition von „AusländerIn“ war v.a. deshalb umstritten gewesen, weil die zuletzt angewandte Handhabung, wählen dürfe nur, wer einen nicht-deutschen Pass besitzt, ungünstig für kürzlich Eingebürgerte war, die zwar noch von gesellschaftlicher Diskriminierung betroffen, nicht aber wahlberechtigt waren. Das aktive Wahlrecht erhält nach der neuen Regelung jedeR, der oder die ein beliebiges amtliches Dokument vorweisen kann, dass seinen/ihren Migrationshintergrund belegt. Das passive Wahlrecht wurde ebenfalls geändert: Auch NichtausländerInnen, die sich für ausländische Belange engagieren wollen, können nun gewählt werden.

Größte Änderung ist aber die Einführung eines AusländerInnen-Rates, die eine echte qualitative Verbesserung bedeutet. Dieser Rat wird, wie z.B. das Studierendenparlament auch, proportional nach den erhaltenen Stimmen von den Listen besetzt und übt Kontroll- und Beratungsfunktion dem AusländerInnenreferat gegenüber aus, das nach wie vor von der Sieger-Liste komplett besetzt werden wird. Bemerkenswerterweise hat die Satzungskommission aber sogar eine unverbindliche Empfehlung ausgegeben, derzufolge auch das Referat selbst im Listenproporz besetzt werden soll. Ob sich dieser Vorschlag durchsetzen wird, der bedeuten würde, dass zwei Listen, die sich bislang spinnefeind waren, in Zukunft direkt zusammenarbeiten, wird man aber wohl erst nach den Wahlen, die vom 6. bis 8. Februar stattfinden werden, wissen. Die Mitglieder der Satzungskommission jedenfalls waren sich in diesem Punkt bislang uneinig.

hmk

Inhalt

- Seite 2:** Aktuelles
- Seite 3:** Hochschule: Wahlen zum autonomen AusländerInnenreferat
- Seiten 4/5:** Thema: Gewissensmüll
- Seite 6:** Kultur: Kritik der Löwy-Rezension von Christoph Jünke aus 2313 Nr. 53
- Seite 7:** Antifa: Neues vom az
- Seite 8:** Veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaften OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe der RUB.
Redaktion: Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Hans Martin Krämer, Andrea Manske, Charlotte Ullrich, Martin Winterhalder
V.i.S.d.P.: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum
Kontakt: c/o FR SoWi, GC 04/150, RUB, 44780 Bochum; Fax: 0234/9705081; E-Mail: 2313@gmx.de
WWW: <http://www.crosswinds.net/~online2313>

Mülltrennung oder Revolution?

Warum es keine vorsorgeorientierte Umweltpolitik gibt

Jeden Tag werden uns in den Medien neue Umweltkatastrophen präsentiert. Dies geschieht in dem Wissen, dass wir auch weiterhin dazu schweigen werden und dieses Schweigen uns mitschuldig an der Zerstörung der Zukunft nachfolgender Generationen macht.

Viele Menschen versuchen daher, auf individuelle Weise ihre Gewissensbisse loszuwerden. Sie zelebrieren die Trauerzeremonie des ‚Recyclings‘. Brav werden der Müll getrennt, das Altpapier gesammelt und die Einwegflaschen im Altglascontainer entsorgt. Bei jedem Flascheneinwurf in den Altglascontainer wird sich öffentlich ‚Reue‘ eingestanden. Zu dieser Trauerzeremonie werden gerne auch Kinder mitgenommen. Denn wenn sie einmal in die Abtragung des an der Natur begangenen Unrechts eingebunden sind, werden sie die Gewissensbisse teilen und später ihrer Elterngeneration weniger Vorwürfe machen.

verpackende produktion

Es dürfte der Wissensstand eines jeden Menschen sein, dass Recycling die Zerstörung des Lebensraums nur um ein paar Jahre verzögert. Würden alle Menschen in diesem Land auf jegliche Verpackungen verzichten, dann ließe sich der Primärenergieverbrauch der Republik um bestenfalls sechs Prozent verringern. Das wäre sicherlich nicht wenig, aber erstens geht es nicht gänzlich ohne Verpackungen und zweitens verzerrt der aus-

schließlich auf die Verpackungen gerichtete Blick die Optik. Nimmt man hingegen die Produktionsweise unseres Industriesystems einmal unter die Lupe, entsteht ein klareres Bild. So ‚produzierte‘ zum Beispiel die Landwirtschaft noch vor Jahrzehnten fast überhaupt keine Abfälle. Durch die forcierte Industrialisierung der Landwirtschaft und durch Massentierhaltung entstehen in diesem Industriezweig heute zehn mal mehr Abfälle als über weggeworfene Verpackungen. Es geht also nicht vorrangig um das Verhalten der VerbraucherInnen, sondern um die Strukturen des modernen Industriesystems. Dies trifft ebenso auf den Verpackungsbereich zu: Nicht der böse Kunde fordert immer verrücktere Verpackungen, sondern das Selbstbedienungsprinzip und die Konzentrationsprozesse im Handel.

der grüne punkt – ein profitables geschäft

Getragen werden diese wirtschaftlichen Prozesse von einer Politik, die zwar über eine recht umfassende Umweltschutzgesetzgebung verfügt, in ihrer Ausrichtung aber entsorgungsorientiert ist, zudem das Umweltproblem in ein profitables Geschäft (z.B. das Duale System Deutschland mit dem Grünen Punkt) umwandelt und somit die Strukturen des Industriesystems quasi unberührt lässt. Solange die Handelnden in der Politik nicht die Kraft und den Willen haben, Interessenmuster, Verteilungsmechanismen und Herrschaftsverhältnisse aufzubrechen, um eine radikale Vorsorgepolitik durchzusetzen, trifft uns keine moralische Verantwortung. Der Versuch der PolitikerInnen, uns eine moralische Mitverantwortung zum Beispiel für das Müllproblem aufzubürden, ist der Versuch, uns in der „Knechtschaft der Gewissensbisse“ zu halten, um Kritik abzuwehren. Wirkliche Mitschuld tragen wir durch den freiwilligen Verzicht, uns dagegen zu empören.

Stefan Meier

Vor der eigenen Haustür

Ist es nicht niedlich? Sogar im Flugzeug, im privaten Klimakiller Nummer eins, wird der Müll fein säuberlich getrennt in Wertstoff und noch viel wertvolleren Stoff. Eine schnöde Kippe nach der anderen wird folgerichtig zum Wertstoffhof erklärt, und auch die Atomindustrie hat längst erkannt, dass sich ein „Brennelementekreislauf“ viel besser anhört als das, was bei der so genannten „Wiederaufarbeitung“ eigentlich passiert: eine gigantische Vermehrung radioaktiven Mülls.

Ist also das ganze schöne „Umweltbewusstsein“ ein riesiger Euphemismus zur Beruhigung des Gewissens der KonsumentInnen-schar? Ohne Frage, auch auf die umweltschädlichsten Verpackungen sämtlichst einen schmucken, grünen Punkt zu kleben, hat keine andere Funktion, als marktwirksam zu behaupten, sie seien eben doch irgendwie nicht so schlimm; wenn wir eine Tetra-Pak-Verpackung kaufen, sei das also ebenso gut wie die Pfandflasche. Was jedoch ist daraus, dass der Volkssport Umweltschutz die absurdesten Blüten treibt, zu folgern? Alles wieder zusammenkippen, zurück zum verbleiten Benzin, solange sich die Erkenntnis nicht durchgesetzt hat, dass das eigentliche Problem das Auto selbst ist und mit der Öko-Steuer nur ein bisschen Kosmetik am Rande betrieben wird?

faule eier

Hier müssen wir zumindest einmal kurz fragen, warum sich eigentlich die Ölmultis genötigt sahen, ihre Palette um ein bleifreies Produkt zu erweitern, warum der Handel schnell das „Duale System Deutschland“ (DSD) erfinden musste, um nicht verpflichtet zu werden, den gesamten Verpackungsmüll zurückzunehmen. Offensichtlich ging dem voraus, dass ein öffentliches Bewusstsein dafür entstand, dass Autos die Luft verpesten, dass die Müllberge immer größer werden. Zweifelsfrei hat sich seither weder an der einen, noch

anderen Tatsache etwas verändert (wenn der Müll nicht gerade verbrannt oder in die so genannte Dritte Welt verschickt wird). Die „Lösungen“, die die Wirtschaft hier hervorgebracht hat, sind faule Eier, die von Anfang an kritikwürdig waren und auch von den einschlägigen Seiten her kritisiert wurden.

Dass sie sich trotzdem durchgesetzt haben, ist definitiv als eine Niederlage anzusehen.

gewisse(ns)-effekte

Interessanterweise hat sich jedoch zumindest im Bereich des Benzins bereits ergeben, was sich bei der Mülltrennung am Horizont erkennen lässt: Verbleites Benzin ist in Vergessenheit geraten und keineR fühlt sich mehr besonders öko, weil sie bleifrei tankt. Hoffentlich ist es beim Grünen Punkt auch bald um den Gewissenseffekt geschehen.

mülltrennende vielflieger?

Während also eindeutig die Notwendigkeit besteht, radikale Lösungen zu fordern und zu vertreten, während es für einen effektiven Umweltschutz zum Wohle des Menschen notwendig ist, die Produktionsweise selbst als inhärent unökologisch anzugreifen, ist auch der mülltrennende Vielflieger immerhin ein Symptom dafür, dass sich in gewissen Bereichen die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die Umwelt schützen muss, wer in ihr leben will.



Sozialismus oder Nation

Anmerkungen zu einer Buchbesprechung

In der letzten 2313 stellte Christoph Jünke den im vorletzten Jahr erschienenen Sammelband von Michael Löwy zu Internationalismus und Nationalismus vor. Im Mittelpunkt steht dabei die Rekonstruktion der marxistischen Debatte um die Nation, in der Löwy die disparaten Ansätze von Otto Bauer (kulturelle Autonomie der Nation) und Lenin (politisches Selbstbestimmungsrecht der Nationen) zusammenzuführen versucht. Entgegen der Intention der Urheber gehören beide Theoreme tatsächlich zusammen. Mit der Definition der Nation als Schicksalsgemeinschaft bei Bauer wird erst jenes Handlungssubjekt fixiert, das als imaginäre Einheit die Bühne realer politischer Gegensätze betritt.

Löwys Grundthesen sind dabei seit seiner Beteiligung an dem 1978 erschienenen Diskussionsband *Nationalismus und Marxismus* (Berlin: Rotbuch-Verlag) unverändert. Dieser war wesentlich durch die Kontroverse zwischen den beiden britischen Marxisten Tom Nairn und Eric Hobsbawm gekennzeichnet; Anlass der Debatte war eine notwendige Neubewertung des Nationalismus durch die Linke, nachdem die Verbindung nationaler und sozialer Befreiung der antikolonialen Bewegungen in einem Haufen sich teilweise bekriegender Despotien gemündet war. Während Nairn mit seinem Modell einer nachholenden Modernisierung via Nationalismus schon mal die aufkommenden separatistischen Bewegungen in Europa legitimierte, war der Bruch Hobsbawms mit dem traditionellen marxistischen Nationalismusverständnis tiefer: Die Nation war nicht wie bei Bauer als relative Charaktergemeinschaft durch die Weitergabe kultureller Güter entstanden, sondern Produkt der Synthese protonationaler kultureller Elemente bis hin zu bewussten Erfindungen. Auf der politischen Ebene stellte die Formulierung des nationalen Selbstbestimmungsrechts durch Lenin und Wilson die Legitimationsgrundlage für die verheerenden nationa-

listischen Bewegungen des Katastrophenzeitalters bereit.

über- und unterschätzung
des nationalen

Die Einstellung der sozialistischen und kommunistischen Bewegung zur Nation war gleichzeitig durch eine Über- und Unterschätzung gekennzeichnet. Überschätzt wurde die determinierende Realität eines Nationalcharakters, der in theoretischen Versuchen wie Bauers nicht allein reflektiert, sondern mitkonstruiert wurde. Nicht umsonst erfreut sich Bauers Ansatz bleibender Beliebtheit. Seine eigentlich kritische Intention, der biologistischen Annahme einer Abstammungsgemeinschaft die historisch wandelbare Kulturgemeinschaft der Nation entgegenzuhalten, passt gut zu einem Neorassismus, in welchem die kulturell definierte „Ethnie“ den Platz der „Rasse“ eingenommen hat.

Unterschätzt wurde der Nationalismus durch die systematische Illusion der Linken, diesen quasi als trojanisches Pferd der sozialen Emanzipation nutzen zu können. Diese Position ist inzwischen vollkommen obsolet; nationalistische Bewegungen selbst argumentieren angesichts der verschärften Weltmarktkonkurrenz wesentlich im Sinne einer neoliberalen Standortlogik und legen damit den allzu realen Kern des „irrationalen“ Nationalismus frei.

Dieser Über- und Unterschätzung des Nationalen ist nur durch die Aufgabe schematischer Ansichten entgegenzutreten, die weder die theoretischen Diskussionen, noch die historischen Entwicklungen reflektieren und die sich in Phrasen wie „kritische Solidarität“, „nationaler Nihilismus“ (gemeint ist wahrscheinlich die nihilistische Einstellung gegenüber „dem Nationalen“) niederschlägt. Eine kritische Nationalismustheorie und -forschung muss dagegen von der Annahme eines notwendigen Scheiterns der Verbindung von nationaler und sozialer Emanzipation ausgehen.

Arndt Jasper

No Housing ...

Neues vom antirassistischen zentrum

Das antirassistische zentrum (az) ist seit dem 6. Dezember 2000 geräumt. Die Forderung nach einem selbstverwalteten az, in dem die verschiedenen politischen, kulturellen und sozialen Initiativen gemeinsam Räume nutzen können besteht allerdings weiter. Dafür fordern die BesetzerInnen nach wie vor das wieder leerstehende Gelände der ehemaligen Feuerwache an der Frieda-Schanz-Straße.

Viel ist nicht passiert in den sechs Wochen, die seit der Räumung vergangen sind, jedenfalls nicht von Seiten der Stadt oder der Parteien. BesetzerInnen und Initiativen sind zwar erneut in ihrer Argumentation gestärkt worden, in einer Weise allerdings, die ihnen nicht recht sein kann. Ohne (gemeinsame) Räume ist eine gemeinsame, kontinuierliche Arbeit nur schwer möglich. Nicht einmal für die wöchentlichen Plena, auf denen das weitere Vorgehen abgestimmt wird, gibt es einen festen Ort.

Einer der wechselnden Orte war am 15. Dezember das BVZ, das Bildungs- und Verwaltungszentrum, in dem neben der Stadtbücherei auch das Büro von D. Mehring, (noch) Jugendamtsleiter, während der Besetzung für die „Gespräche“ zuständig, untergebracht ist. Dieser hatte auch diesmal nichts Erfreuliches mitzuteilen, machte nur noch einmal das Angebot, einzelne Initiativen über die Stadt zu verteilen, ihnen in verschiedenen Stadtteilen Büros und Abstellkammern zugänglich zu machen. Auf die Antwort des Plenums, gerade die in der Feuerwache mögliche Nähe und Zusammenarbeit sei bekanntlich das Ziel, konnte Herr M. nur dem Unwillen der Stadt Ausdruck verleihen, sich „noch ein Zentrum ans Bein zu binden“. Die „Gespräche“ mit der Stadtverwaltung waren damit beendet.

Obwohl sich die Koordination der verschiedenen Gruppen seit der Räumung also schwierig gestaltete, wurden Veranstaltungen und Aktionen organisiert. Vorrangiges Ziel war es, immer wieder die Notwendigkeit eines az in Bochum zu thematisieren. Es gab zwei Demonstrationen, mit jeweils über 200 Men-

schen durch die Bochumer Innenstadt, im wageni, wo auch jeden Donnerstag abend zu einem Bunten Abend eingeladen wird, wurden ein Konzert und ein Diavortrag über das Anti-A-33 Hüttendorf organisiert, an Sylvester feierten über 40 Menschen vor der Feuerwache, in der Kortumstraße (zwischen Drehscheibe und CityPoint) gibt es täglich zwischen 15 und 20 Uhr einen Infostand, bei dem auch Unterschriften für ein az (momentan schon über 2.000) gesammelt werden, am 19. Dezember informierten AugenzeugInnen auf einer Pressekonferenz über die gewaltsamen Polizeiübergriffe auf der Spontandemonstration gegen die Räumung des az. Diese Übergriffe waren nur ein Versuch von vielen, die AktivistInnen zu kriminalisieren, auch Plena und Veranstaltungen wurden immer wieder observiert. Die Ratsitzung am 21. Dezember, auf der den Fraktionen ein Papier mit der Aufforderung, zu dem az Stellung zu beziehen, überreicht werden sollte, wurde von einem beachtlichen Polizeiaufgebot abgesichert.

Am 5. Januar begannen auch neue Gespräche, diesmal mit VertreterInnen der SPD-Ratsfraktion. Viel Neues ergab sich nicht, eine Antwort auf die Anfrage an die Verwaltung, ob der offensichtliche Raumbedarf durch die Stadt gedeckt werden könne und wie der Stand des Verkaufs der Feuerwache sei, steht erst im Februar aus. Vorher wird die SPD-Fraktion nichts unternehmen. Es sieht so aus, als wenn erneut eine politische Entscheidung über das az hinausgezögert werden soll.

Die Initiative für ein az und die Gruppen, die das az nutzen wollen, werden vor diesem Hintergrund auf dem Initiativentreffen am 17. Januar um 19 Uhr im *Bahnhof Langendreer*, das weitere Vorgehen abquatschen.

... No Peace



Über 200 Teilnehmer: az-Demo am 22. Dezember in der Bochumer Innenstadt



blöde bytes teil 11

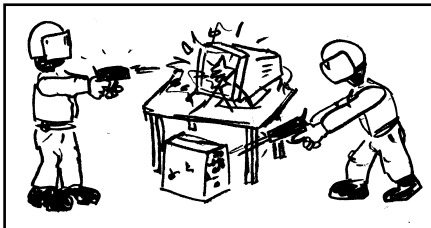
Schuldig!

Böse Menschen tun böse Dinge. Und wenn sie Computer haben, benutzen sie massenweise raubkodierte Software. Alle sind also schlecht und schuldig, bestätigen uns die Seiten der *Business Software Alliance* (BSA) Deutschland unter <http://www.bsa.de>.

Was könnte auch sonst erwartet werden, wenn dieser „internationale Industrieverband führender Software-, Hardware und Technologie-Firmen“ sich mokiert, dass auch mal ein Stück raubkopierter Computer-Software durch dunkle Kanäle in falsche Hände gelangt. Hände nämlich, die, Software zu benutzen, ohne sich die nach ‚Recht und Gesetz‘ dafür notwendige Lizenz für wie immer viel zu viel Geld besorgt zu haben.

Statt also allen Menschen die Verwendung freier Software zu empfehlen – damit sie sich nicht mehr auf o.a. Weise schuldig machen müssen – oder gar selbst welche zu schreiben, hat sich die BSA – fehlgeleitet wie sie halt ist – den albernsten Werten von geistigem Eigentum, Urheberrecht und folglich auch deren Hauptfunktion, auch die dümmsten Ideen verwertbar zu machen, verschrieben.

Dabei preist die BSA auch den hirverbranntesten Blödsinn – weil’s alle außer Gates und Komplizen einen Scheiß interessiert – als gute Gründe für den käuflichen Erwerb Software an: Ihre Mitgliedsfirmen haben dann weniger Mindereinnahmen und eins darf vorhandene ‚legale‘ Software für einen kleineren aber noch zu hohen Preis upgraden. Doch wehe denen, die sich solch argumentativen Höhenflügen nicht beugen mögen: „Auf polizeiliche oder zivile Durchsuchungen folgen Gerichtsverfahren und Schadensersatzforderungen oder sogar Gefängnis“ und darüber hinaus „Verfolgung durch die Behörden“. Und dass die genug zu tun haben, dafür sorgt die stets wachsame BSA.



Dienstag, 16. Januar

18h, KKC, Uni Essen

Big Brother is watching you?

Wohin entwickeln sich die Medien?

Eine Veranstaltung zur Medienkritik u.a. mit Thomas Irawan, Teilnehmer von „Experiment Robinson“. Moderation & Konzeption Jürgen Heckmann, Eintritt frei

Vor fast einem Jahr hat das neue Sendeformat „Big Brother“ die Medien, die Medienwächter und kurze Zeit später auch die Fernsehzuschauer in zwei Lager gespalten. Ist es menschenverachtend oder ist die Freiwilligkeit so groß, dass man im deutschen Fernsehen alles zeigen darf? A propos alles zeigen; Was ist mit Geiselnahmen in Gladbeck oder Jolo, in denen Journalisten mehr Einfluss zu haben schienen als Politiker? Wo beginnt Voyeurismus und wo endet die Pflicht der Berichterstattung? Was ist mit freiwilliger Prostitution in Sendungen a la „Wer heiratet den Millionär?“. Ist es das Fernsehen, das wir verdienen, oder gar das Fernsehen, das wir wollen? Was lassen sich Fernsehzuschauer noch alles darbieten, um die Zeit zwischen den Werbesendungen zu versüßen? Über diese Fragen wollen wir an diesem Abend mit Beteiligten diskutieren. Wer dabei etwas zu sagen hat, ist nicht allen klar. Wir bringen ein wenig Licht in das Dunkel um die Zuständigkeiten. So kommen Medienwächter genauso zu Wort wie „neutrale Beobachter“, Programmmacher und sogar mit Thomas Irawan ein Beteiligter, der eigene Erfahrungen durch seine Teilnahme bei der Serie Experiment Robinson sammeln konnte. Und danach ist die Beteiligung der Zuschauer dann mehr denn je erwünscht. „Kultur heute schlägt alles mit Ähnlichkeit. Film, Radio, Magazine machen ein System aus. Jede Sparte ist einstimmig in sich und alle zusammen.“ (Th. W. Adorno, M. Horkheimer: Dialektik der Aufklärung, 1944)

Mittwoch, 17. Januar

19h, Bahnhof Langendreer, Raum 6

az-Plenum

Die Zukunft des *Antirassistischen Zentrums Bochum* ist Thema eines Treffens, zu dem sämtliche Initiativen und Mitwirkende eingeladen sind. Siehe auch Seite 7.

Samstag, 20. Januar

11h30, Hauptbahnhof Bochum

Fahrrad-Demo: 33. Runde

Bochums Radkonzept auf der Kriechspur!?

Wir haben uns für 2001 vorgenommen, noch mehr Druck auf Politik und Verwaltung zu machen, damit die Radverkehrsprojekte endlich zügig umgesetzt werden. Und Druck ist dringend nötig, denn die Stadt bewegt sich mal wieder im Schnecken tempo beim Thema Radverkehr. Wenn es um das Auto geht, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt. Die komplette Sanierung des Nordrings, vom Abwasserkanal bis zur letzten Straßenlaterne, ist in drei Jahren durchgezogen worden. Unsere Lieblingsstraße, die Brückstraße, in der endlich eine dauerhafte Lösung für Radfahrer und Fußgänger erreicht werden soll, war eigentlich für 2000 zum Umbau vorgesehen. Sie kennen den aktuellen Stand!!

Montag, 22. Januar

19h30, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Antifa-Plenum

Weitere Termine aktuell auf ...

<http://www.bo-alternativ.de>